



Mark Mühlhaus/Attenzione



Afrikas Probleme in Afrika lösen?

Die Rettungsaktion der Cap Anamur im Mittelmeer und die bundesdeutschen Folgen Bernd Mesovic

Am 21. Juni rettete die Besatzung des Schiffes Cap Anamur 37 Flüchtlinge im Mittelmeer aus akuter Seenot. Nach wochenlanger Irrfahrt gelang es dem Schiff am 12. Juli in den sizilianischen Hafen Empedocle einzulaufen. Hier wurden die Flüchtlinge sofort interniert und in kürzester Frist in einem rechtswidrigen Verfahren abgeschoben. Kapitän und Besatzung wurden wegen des Vorwurfs des Schleusens illegaler Einwanderer vorübergehend inhaftiert und erwarten jetzt ihren Prozess. Ihnen drohen als Strafe für die geleisteten Lebensrettungen bis zu 12 Jahre Haft, dem Schiff die Verschrottung. Am 4. August haben Flüchtlingsrat und Lübecker Flüchtlingsforum zu einem prominent besetzten Podium in den Großen Börsensaal des Lübecker Rathauses eingeladen. Elias Bierdel, Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur, und sein Kapitän Stefan Schmidt waren in den Heimathafen der Cap Anamur gekommen. Unter der Moderation von Norman Paech, Völkerrechtsprofessor aus Hamburg, diskutierten sie mit

Doris Peschke, Generalsekretärin der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, die aus Brüssel angereist war, und mit Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der nordelbischen Landeskirche, über die Hilfsaktion der Cap Anamur, die juristischen und politischen Folgen und die Perspektiven konkreter Flüchtlingssolidarität innerhalb Europas und an seinen Rändern. Besonders kontrovers wurde der Vorschlag Bundesinnenminister Otto Schily's diskutiert, in maghrebinischen Wüstenstaaten Lager zu installieren, die afrikanische Flüchtlinge schon auf ihrem Weg nach Europa abfangen sollten. Die hier in der Rubrik *Europa & Afrika* zusammengestellten Beiträge befassen sich kritisch mit der Menschenrechtslage in diesen Ländern und mit den verantwortlichen Regierungen, mit denen Otto Schily bei der Umsetzung seines Vorschlages allzu gern zusammenarbeiten würde. Eingeleitet wird die Rubrik mit einem Kommentar von Bernd Mesovic, PRO ASYL.

In der politischen Auseinandersetzung um das Schicksal der 37 Schiffbrüchigen der Cap Anamur und Versuche aus Justiz, Politik und Medien, die Retter zu Tätern zu machen, hat sich PRO ASYL verschiedentlich zu Wort gemeldet. Unter Umgehung eines fairen Asylprüfungsverfahrens und des UNHCR wurden fast alle Schiffbrüchigen, die einen Asylantrag gestellt hatten, kurzfristig nach Nigeria und Ghana abgeschoben. Mit dem harten Vorgehen gegen die Cap Anamur und die Schiffbrüchigen machten die Innenminister Deutschlands und Italiens deutlich, worum es geht: Das Mittelmeer

als Wassergraben der Festung Europa zu erhalten, Grauzonen der Zuständigkeiten zu bewahren, wo politische Vereinbarungen gefragt sind und schließlich, Rettungsaktionen nach Art der Cap Anamur für die Zukunft zu verhindern. Die anhaltende Folgediskussion hat Bundesinnenminister Otto Schily mit seinem Vorschlag, europäische Außenlager in Nordafrika einzuführen und dort Asylprüfungsverfahren durchzuführen, eröffnet. Offenbar an keine Koalitionsraison innerhalb der Bundesregierung gebunden, hat Schily damit eine Variante der von Tony Blair als „Vision für Flüchtlinge“ verbreiteten Vorschläge präsentiert, Europa weitgehend flüchtlingsfrei zu halten. Der Bundesinnenminister hat für seine griffige Formel „Afrikas Probleme in Afrika lösen“ Beifall und Kritik von den unterschiedlichsten Seiten erhalten.

Als gäbe es in Afrika nicht Nationalstaaten mit den unterschiedlichsten Problemen. Was haben die Probleme der Maghrebstaaten mit denen Südafrikas zu tun? Was ist der gemeinsame Nenner der Probleme des weitgehend entstaatlichten Somalia mit der kleptokratischen Langzeitdiktatur Togo oder kaum noch in den Medien auftauchender Elendsstaaten?

Dem diffus wahrgenommenen Kontinent der Hungerleider und Völkermorde, der Bürgerkriege und der zerfallenden Staaten werden Schnelldiagnosen und Ratschläge sowie Katastrophenhilfe zu Teil, ohne dass irgendeine Art europäischer Verantwortung in den Blick gerät. Eine kohärente europäische Afrikapolitik ist dringlicher denn je, so Otto Schily. Frage: Wie erklären sich Jahrzehnte inkohärenter deutscher und europä-

Bernd Mesovic ist Referent bei der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL in Frankfurt/Main.

ischer Afrikapolitik und versäumter Fluchtursachenbekämpfung? Einen Marshall-Plan für Afrika fordert Freimut Duve, gewiss nicht uninformiert über die Entwicklung gerade der deutschen Mittel der Entwicklungshilfe. Nicht alles ist mit Mangel an Mitteln oder fehlendem politischen Willen erklärbar. Eng sind die Verbindungen auch der europäischen Staaten mit den kleptokratischen Eliten mancher afrikanischer Staaten, zu klar die Interessen von Industriekonsortien an der Ausbeutung wichtiger Rohstoffe, solange die Rahmenbedingungen stimmen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören weder Demokratie noch Menschenrechte, weder Ökologie noch eine adäquate Beteiligung der jeweiligen Bevölkerung an den Profiten.

Flüchtlinge tauchen im schilyschen Verständnishorizont zunächst nicht auf. Kein Wort über Menschenrechtsverletzungen und Diktaturen. Seine Diagnose: „In der großen Mehrzahl wollen Menschen Afrika verlassen und nach Europa gelangen, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage versprechen. Solange das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Afrika und Europa bestehen bleibt, wird sich an dem daraus resultierenden Migrationsdruck nichts ändern.“ Angesichts der immer größer werdenden Kluft und der Verzahnung von Elend und politischer Perspektivlosigkeit in vielen afrikanischen Staaten und dem Reichtum Europas ist der Begriff „Gefälle“ ein blanker Euphemismus. Und die Kluft hat nicht die Natur geschaffen. Schilys Vorstellung von einer kohärenten europäischen Afrikapolitik beschränkt sich dann überwiegend auch auf den Dank an die Organisationen der Katastrophenhilfe, deren Arbeit für ihn ein Beispiel praktizierter Humanität ist, einer Humanität, die sich so wohltuend von bequemer „Humanität auf Kosten Dritter“ unterscheidet, so sein Versuch, die good guys und die bad guys unter den Nichtregierungsorganisationen voneinander zu scheiden. Human ist nach diesem Selbstverständnis die Notversorgung – auch von Flüchtlingen – vor Ort. Denn Ziel aller Hilfsmaßnahmen müsse es sein, den Flüchtlingen (hier taucht der Begriff

auf) ein gefahrloses und friedliches Leben in ihrer angestammten Heimat zu ermöglichen. Wer das will, muss allerdings auch sagen, unter welchen Bedingungen dies bereits heute geschieht. Weit über 80 Prozent aller Flüchtlinge in der Welt leben unter perspektivlosen Umständen, über Jahre und Jahrzehnte hinweg notversorgt, ohne realistische Rückkehrmöglichkeit und abseits aktueller

Eng sind die Verbindungen der europäischen Staaten mit den kleptokratischen Eliten mancher afrikanischer Staaten, - zu klar die Interessen von Industriekonsortien an der Ausbeutung wichtiger Rohstoffe, solange die Rahmenbedingungen stimmen.

Katastrophenbilder den Blicken der Weltöffentlichkeit entzogen. Denn der Krisen- und Nothilfe folgen die politischen Lösungen oft keineswegs auf dem Fuß. Wenn Schily international tätige Nichtregierungsorganisationen zu Kronzeugen seines Verständnisses von praktizierter Humanität aufruft, dann vergisst er, dass gerade sie abseits der Katastrophenhilfe immer wieder politische Lösungen und ein verändertes Verständnis von Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt einfordern.

Gegen Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schäuble, der sich gegen Internierungslager am Rande der Sahara ausgesprochen hatte, zog der

Bundesinnenminister in einer Pressemitteilung vom 23. Juli 2004 vehement zu Felde. Wo habe er denn die Einrichtung von „Internierungslagern“ in Erwägung gezogen? Seien Einrichtungen zur Unterbringung von Asylbewerbern im Verständnis von Herrn Schäuble „Internierungslager“? Wie stehe es mit Asylbewerberheimen in Deutschland? Sachverständigen Rat möge sich Wolfgang Schäuble beim bayerischen Innenminister Beckstein einholen – die Aufforderung zu einer wunderbaren Freundschaft, die Schily längst pflegt. Die von Schily gestellten Fragen sind brisant. Tatsächlich internieren einige der neuen EU-Staaten selbst Asylsuchende in erschreckendem Ausmaß – oder wie soll man Abschiebungshaft während des laufenden Verfahrens nennen? Sind Lager mit Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung „Internierungslager“? Hat manche abgelegene „Gemeinschaftsunterkunft“ in Deutschland, verbunden mit Residenzpflicht und anderen Restriktionen nicht internierungsähnlichen Charakter? Schilys Vorschläge sind zum Teil in der eigenen Partei, zum Teil bei Vertretern der Opposition zumindest auf Kritik wegen ihrer mangelnden Praktikabilität gestoßen. Was anders wäre in den ins Auge gefassten Maghrebstaaten denkbar als geschlossene Lager und die Karikatur rechtsstaatlicher Asylprüfungsverfahren? Stellt man sich die Autokraten des Maghreb als die willfährigen Helfer des Abschiebungsvollzugs vor? Und würden es nicht die Menschen, die aus den subsaharischen Staaten vor politischer Verfolgung und Elend fliehen und dabei schon bis zum Mittelmeer einen höchst gefährlichen Weg zurücklegen, weiterhin vorziehen, die Bollwerke der Festung Europa zu umgehen und sich unter Lebensgefahr auf Schiffe zu begeben?

Ein weiterer ehemaliger Bundesinnenminister hat sich in Person von Rudolf Seiters zu Wort gemeldet. Dr. Rudolf Seiters, jetzt DRK-Präsident, sprang Schilys Afrika-Plänen bei. Er wahrt eine innerhalb der Organisation seit jeher umstrittene Tradition. Der Cap Anamur – Gegner Hans Jürgen Schilling hatte bereits zu Anfang der 80er Jahre Vorschläge gemacht, die in leicht veränderter Form von Australien inzwischen umgesetzt wurden. Als Alternative zum Asyl, so der SPIEGEL Nr. 23/81 vom 1. Juni 1981, schlug er vor, das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) solle von Staaten Territorien erwerben, wo Flüchtlinge angesiedelt werden könnten. Viel Platz brauchten diese Leute sowieso nicht, weil sie Enge gewohnt seien. Selbst unwirtliche Felseninseln oder Wüstenstreifen seien durch den Einsatz moderner Technik zu leistungsfähigen Gemeinwesen zu entwickeln. Der damalige UN-Flüchtlingskommissar Poul Hartling vertrat damals demgegenüber die Auffassung, wenn für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat keine Aussicht mehr bestehe, so sei Integration oberstes Ziel. Außerdem dürfe niemand gezwungen werden, sich in einem bestimmten Gebiet niederzulassen.

Resolution

Das Lübecker Flüchtlingsforum e.V. und die TeilnehmerInnen der Veranstaltung „Schotten dicht !? Der Fall ‚Cap Anamur‘ oder Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen im Fadenkreuz Europäischer Abschottungspolitik“ fordern die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck und Herrn Bürgermeister Bernd Saxe auf,

1. sich in einer eindeutigen Erklärung mit dem „Komitee Cap Anamur“ zu solidarisieren und die Hilfsorganisation gegen alle Versuche der Kriminalisierung und Diffamierung in Schutz zu nehmen.

2. in Zukunft allen Flüchtlingen, die von einem Lübecker Schiff aus Seenot gerettet werden, eine dauerhafte Aufnahme in Lübeck anzubieten und sich gegenüber allen zuständigen Behörden und Institutionen für deren freie Weiterreise nach Lübeck einzusetzen.

Lübeck, den 4. August 2004